



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 17.6.2015
C(2015) 4047 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 17.6.2015

**über die Sondermaßnahme für die Zentralafrikanische Republik zulasten des
11. Europäischen Entwicklungsfonds**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 17.6.2015

über die Sondermaßnahme für die Zentralafrikanische Republik zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds¹, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds², insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Seit Dezember 2012 war die Zentralafrikanische Republik infolge einer sicherheitspolitischen, politischen, humanitären und wirtschaftlichen Krise, deren Auswirkungen das ganze Jahr 2013 hindurch und bis in das Jahr 2014 hinein andauerten, mit tragischen Ereignissen konfrontiert. Dank der Entsendung internationaler Streitkräfte – SANGARIS von Seiten Frankreichs, EUFOR-Zentralafrikanische Republik von Seiten der EU und nunmehr auch MINUSCA von Seiten der Vereinten Nationen – konnte die Sicherheitslage schrittweise verbessert werden, ohne dass allerdings in einem Kontext, in dem die nationale Polizei und Gendarmerie völlig untätig geblieben sind, die Gewalttaten der verschiedenen bewaffneten Gruppen (das ehemalige Séléka-Bündnis und die Anti-Balaka) ganz unterbunden werden konnten.
- (2) Im Rahmen des derzeitigen Übergangsprozesses, der von der Übergangsregierung unter Präsidentin Catherine Samba-Panza geleitet wird, werden die folgenden Prioritäten verfolgt: Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit, Wiederaufnahme der Arbeit der Verwaltungsbehörden – insbesondere der für die Steuereinnahmen zuständigen Behörden – in Bangui und anschließend in den übrigen Landesteilen, schrittweise Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit, Bereitstellung der grundlegenden sozialen Dienste für die Bevölkerung sowie Abschluss des Übergangsprozesses durch freie und transparente Wahlen zwecks Rückkehr zum normalen Betrieb der demokratischen Institutionen.
- (3) Im Jahr 2014 konnte gleichzeitig mit der Unterstützung der Staaten der Subregion und der internationalen Gemeinschaft eine EU-Budgethilfe bereitgestellt werden: Mit den ausgezahlten EU-Mitteln in Höhe von insgesamt 30 000 000 EUR hat die EU zur Stabilisierung des Landes und zur Sicherung eines Mindestmaßes an staatlichen Leistungen beigetragen, insbesondere durch die regelmäßige Zahlung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten, der Ruhegehälter und der Studienbeihilfen.

¹ ABL. 58 vom 3.3.2015, S. 1.

² ABL. 58 vom 3.3.2015, S. 17.

- (4) Mit der Maßnahme „Unterstützungsprogramm für die Staatskonsolidierung – Zentralafrikanische Republik“ sollen der Übergangsprozess zur Entwicklung und zur demokratischen Regierungsführung gefördert, die finanziellen Kapazitäten der Regierung zur Wiederherstellung des Friedens gestärkt, die makroökonomische Stabilität wiederhergestellt, die Ziele der kurz- und mittelfristigen politischen Strategien erreicht und die Bemühungen der Regierung zur Wiederaufnahme und Sicherung der grundlegenden staatlichen Funktionen unterstützt werden.
- (5) Da der genaue Betrag der Mittelzuweisung für die Zentralafrikanische Republik aus dem 11. EEF noch nicht feststeht, wird diese Unterstützung aus dem Finanzrahmen B des 11. Europäischen Entwicklungsfonds bereitgestellt.
- (6) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission³ erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (7) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen muss auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die aufgrund von Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung finden.
- (8) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses für den Europäischen Entwicklungsfonds, der eingesetzt wurde nach Artikel 8 des Internen Abkommens zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet⁴ –

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Der im Anhang beigefügte Beschluss „Unterstützungsprogramm für die Staatskonsolidierung – Zentralafrikanische Republik“ wird angenommen.

Diese Maßnahme umfasst Folgendes:

- Anhang: Unterstützungsprogramm für die Staatskonsolidierung – Zentralafrikanische Republik

Artikel 2

Finanzieller Beitrag

³ Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

⁴ ABl. L 210 vom 6.8.2013, S. 1.

Der durch diesen Beschluss genehmigte Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 40 000 000 EUR zulasten des Finanzrahmens B des 11. Europäischen Entwicklungsfonds.

Die in Absatz 1 genannten Mittel können auch Verzugszinsen decken.

Artikel 3

Durchführungsmodalitäten

Im Abschnitt „Mise en œuvre“ des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der delegierten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1268/2012 als nicht substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann diese nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit annehmen.

Geschehen zu Brüssel am 17.6.2015

Für die Kommission

Neven MIMICA

Mitglied der Kommission